

# Protokoll

über die

## V. ordentliche Vollversammlung

der

Handwerkskammer

für das Herzogtum Braunschweig.

Montag, den 21. März 1904

vormittags 11 Uhr

im

„Gildehaus“ zu Braunschweig.





# Tagesordnung.

- I. Geschäftsbericht.
  - II. Neuwahl der ständigen Ausschüsse.
  - III. Haushaltsplan pro 1904/05.
  - IV. Verwendung von Vermögen aufgelöster Innungen.
  - V. Zuschuss für ein zu gründendes Lehrlingsheim.
  - VI. Korbmacher-Stiftung betr.
  - VII. Bildung von Arbeitgeber-Schutzverbänden.
  - VIII. Ehrenmeisterbriefe betr.
  - IX. Handwerksausstellung zu Magdeburg.
  - X. Verschiedenes.
- 

Anwesend sind: die Herren Osterloh, Behrens, Maring, Göcke, Wollenweber, Hahn, Kettler, Vehe, Meyerhoff, Horney, Hoffmann, Griess, Sprötge, Berger, Märtens und Wolf, sämtlich aus Braunschweig; Kühne aus Vechelde; Fischer aus Thedinghausen; Kauffmann, Kiehne, Walterling, Härighausen und Staats, sämtlich aus Wolfenbüttel; Cassel aus Schöppenstedt; Walkemeyer aus Bleckenstedt; Geffers, Neddermeyer, Teute, Hardeweg, Dressel, Thielemann und Sternberg, sämtlich aus Helmstedt; Rose, Bierberg und Brackebusch aus Gandersheim; Wilhelm und Krüger aus Seesen; Pistorius, Freise und Ritterbusch aus Holzminden; Blume aus Stadtoldendorf; Kaulitz, Winnig und Ritzau aus Blankenburg, sowie der Sekretär der Kammer, Assessor Baumgarten.

Entschuldigt fehlen die Herren Burgdorf aus Braunschweig und Kronemann aus Wolfenbüttel; für den letzteren ist dessen Ersatzmann Herr Thörel aus Wolfenbüttel erschienen.

Unentschuldigt fehlt Herr Weiss aus Braunschweig, für den zufällig dessen Ersatzmann Herr Herbst erschienen ist.

Der Vorsitzende, Herr Osterloh, eröffnet gegen 11 $\frac{1}{2}$  Uhr die Sitzung, begrüsst die Erschienenen und teilt mit, dass zu seinem grossen Bedauern der Kommissar der Kammer, Herr Regierungsrat Dr. Stegemann, infolge ernstlicher Erkrankung am Erscheinen verhindert sei, gibt dabei auch der Hoffnung Ausdruck, dass derselbe recht bald wieder genesen möge.

Nachdem er dann noch festgestellt, dass die Versammlung auf Grund des § 23 der Statuten der Kammer ordnungsmässig, und zwar sowohl durch schriftliche Einladung sämtlicher Kammermitglieder, als auch durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vom 7. März d. Js. und in dem „Handwerksbote“ vom 1. und 15. März d. Js. berufen sei, wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Geschäftsbericht.

Derselbe wird vom Sekretär erstattet wie folgt:

„Meine Herren!

Dasjenige Princip, welches ich bei meinen bisherigen Berichten über die Geschäftstätigkeit der Handwerkskammer beobachtet habe, will ich auch für meinen heutigen Bericht, der die Zeit vom 4. Mai v. Js. umfasst, festhalten und Ihnen nur über die

wichtigsten Angelegenheiten, die die Kammer seit der letzten Vollversammlung bis zum heutigen Tage beschäftigt haben, Mitteilung machen.

Ich beginne dabei wieder mit der Erledigung der in der letzten Plenarsitzung gefassten Beschlüsse:

Die Kammer ist zunächst, wie beantragt, nochmals bei dem hiesigen Stadtmagistrate dahin vorstellig geworden, daß die Einrichtung einer Fortbildungsschule mit fachlichem Unterricht so bald als möglich in die Wege geleitet würde, hat indeß eine Antwort auf diese Eingabe leider noch nicht erhalten.

Die beschlossene Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Meisterprüfung auf 30 bzw. 60 Mark und dementsprechende Abänderung der Meisterprüfungsordnungen ist von Herzoglichem Staatsministerium, Abteilung des Innern, genehmigt worden.

Die neu gewählten Kommissionen zur Bekämpfung der Konsumvereine bzw. Warenhäuser, zur Regelung des Beauftragtenwesens, speciell in Bäckerei- und Konditoreibetrieben, sowie zur Regelung der Besteuerung der Fleischereibetriebe sind, abgesehen von der letztgenannten, die zwar auch einmal einberufen ist, aber wegen Krankheit eines Kommissionsmitgliedes nicht getagt hat, zu einzelnen Sitzungen zusammengekommen. Die Beratungen dieser Kommissionen haben indeß einen positiven Erfolg nicht zu verzeichnen gehabt. — Die beiden ersten Kommissionen sind jetzt auch völlig bedeutungslos geworden, weil erst vor wenigen Tagen der seitens der Braunschweigschen Landesregierung den Landesabgeordneten unterbreitete Gesetzentwurf, betr. die Heranziehung der Warenhäuser u. s. w. zu einer besonderen Gewerbesteuer (Umsatzsteuer), zur Verabschiedung gelangt ist, und damit die Wünsche der Handwerker nach dieser Richtung hin vorläufig erfüllt sind. Es muss nun abgewartet werden, wie sich das Gesetz, das hoffentlich recht bald in Kraft tritt, in der Praxis bewähren wird. Bemerken will ich hierzu, daß, kurz nachdem dieser Gesetzentwurf der Kammer zur Kenntnisnahme vorgelegt war, ein Rundschreiben an alle Landesabgeordneten geschickt ist, in welchem diese ausdrücklich gebeten wurden, für die Annahme des Entwurfs ihre Stimme abzugeben.

Was die Bestellung von sog. Beauftragten betrifft, so ist der Vorstand auf diesem Gebiet noch zu keinem endgültigen Beschluss gekommen. Infolgedessen hat Ihnen auch noch keine bestimmte Vorlage für die Regelung des Beauftragtenwesens zur heutigen Sitzung unterbreitet werden können. Die seitens des Herrn Kronemann in Wolfenbüttel probeweise ausgeübte Kontrolle hat indeß gezeigt, daß in der Sache entschieden etwas getan werden muss.

Bezüglich des Submissionswesens möchte ich Folgendes hervorheben: Die in der vorletzten Plenarsitzung angenommenen Grundsätze, die während der Tagung der letzten Vollversammlung einigen Baubeamten zur Äusserung vorlagen, sind an Herzogliches Staatsministerium zusammen mit einigen diesbezüglichen Vorschriften, wie sie bereits in mehreren süddeutschen Bundesstaaten erlassen sind, mit dem Ersuchen abgesandt, ähnliche Bestimmungen auch für das Herzogtum zu treffen. Da die Aufsichtsbehörde indeß auf Grund der in dem Begleitschreiben nur allgemein gerügten Mängel zunächst keine Veranlassung zur Regelung dieser für die Handwerker so wichtigen Frage zu haben glaubte, weil ihr die wirklichen Beweise fehlten, so wurde die Kammer beauftragt, an der Hand bestimmter Fälle den Nachweis zu erbringen, welcher Art diese Mängel und Missstände wären. Sie ist dem Auftrag dadurch nachgekommen, daß sie an 100 Handwerksmeister des Kammerbezirks Fragebogen versandte, in denen über die hervorgetretenen Mängel ausführlich zu berichten war. Das Resultat dieser Umfrage, das dann Herzoglichem Staatsministerium übermittelt wurde, ist leider ziemlich negativ gewesen. Es fragt sich demnach, ob und eventl. welche Massregeln daraufhin getroffen werden.

Ich will hierbei auch nicht unerwähnt lassen, daß kürzlich vom hiesigen Stadtmagistrat besondere „Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten zu Braunschweig“ der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet sind, die im großen und ganzen die Billigung der Stadtverordneten gefunden haben. Ich glaube daher bestimmt annehmen zu dürfen, daß, nachdem erst einmal die Stadt Braunschweig in dieser Weise mit gutem Beispiel vorangegangen, auch die übrigen Städte diesem Beispiele folgen werden, und Herzogliches Staatsministerium sich dann entschließen wird, die Ange-

legenheit für Staatsbauten ebenfalls in einer den Wünschen der Handwerker möglichst entsprechenden Weise zur Erledigung zu bringen.

Wie gleich von Beginn ihrer Tätigkeit an, so hat die Kammer auch in der Berichtszeit wiederholt Gelegenheit gehabt, über das Handwerk betreffende Fragen Gutachten abzugeben, so insbesondere

1. über ein seitens mehrerer hiesiger Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-gehülften an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Gesuch, betr. die Freigabe resp. den Geschäftsschluss an dem zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertage im Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Handwerk. — Das Gesuch wurde nach Anhörung der hiesigen Barbier- etc. Innung, die sich dahin äußerte, daß ein Bedürfnis für weitere Beschränkung der Sonn- und Festtagsarbeit in dem genannten Handwerk nicht bestände, nicht befürwortet, und ist infolgedessen von Herzoglichem Staatsministerium abgelehnt.

2. über die Frage, ob Fabrik oder Handwerk, bezüglich der Schneidereibetriebe der Firmen Händler-Wolfenbüttel, Grübel und Ernst-Schöppenstedt. — In allen drei Fällen gab die Kammer ihr Gutachten dahin ab, daß der Betrieb ein handwerksmässiger wäre Demzufolge hat Herzogliche Kreisdirektion Wolfenbüttel entschieden, daß die Firma Händler-Wolfenbüttel nicht als Fabrikbetrieb anzusehen wäre; hinsichtlich der beiden anderen Firmen ist die Kammer bisher ohne Bescheid geblieben.

3. über die Frage der Entschädigung für die Anfertigung von Zeichnungen und Kostenanschlägen, wenn die Ausführung der Arbeiten anderweit vergeben wird. — Es wurde Herzoglichem Amtsgericht hierselbst das Gutachten in dem Sinne erstattet, daß, wenn nicht entgegenstehende Abmachungen getroffen, in solchem Falle stets eine Entschädigung gezahlt werden müsste, und zwar von 2 %—10 % der Kostenanschlags-summe je nach dem Umfange der für solche Vorarbeiten aufgewendeten Zeit und Mühe.

4. über ein an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Gesuch des Tapezierers Schwarze aus Brunkensen wegen Gewährung einer Beihilfe für den ferneren Besuch der 1. Handwerkerschule zu Berlin. — Dasselbe wurde nicht befürwortet, und ist daraufhin dem Antragsteller ein abschlägiger Ministerialbescheid zugegangen.

5. über ein ebenfalls an die Aufsichtsbehörde der Kammer gerichtetes Gesuch des Schuhmachers Düe aus Ingeleben wegen Bewilligung eines Stipendiums für den Besuch der Schuhmacher-Fachschule in Siebenlehn in Sachsen. — Dasselbe wurde zunächst befürwortet, aber nachdem es dann seitens Herzoglichen Staatsministeriums der Kammer zur direkten Erledigung übersandt, mit Rücksicht auf die Familienverhältnisse des Petenten und die zur Zeit noch geringen Mittel des Stipendienfonds, der beiläufig bemerkt jetzt einen Bestand von 5299,29 Mk. aufweist, abgelehnt.

6. über die von dem Vorstände der Krankenunterstützungskasse — a. G. — der selbständigen Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig zu Braunschweig der Herzoglichen Polizeidirektion hierselbst unterbreiteten, in der Generalversammlung dieser Kasse beschlossenen Satzungsänderungen.

7. über das an Herzogliches Staatsministerium gesandte Protokoll der Sitzung des Gesellenausschusses der Kammer vom 8. Juni v. Js., enthaltend eine Beschwerde über den Vorstand der Kammer.

8. über den zwischen Herzoglichem Staatsministerium und der Leitung der Herzoglichen Erziehungsanstalt „Wilhelmstift“ zu Bevern stattgehabten Schriftwechsel, betr. die Einführung eines besonderen Lehrvertragsformulars für die sog. Fürsorgelehrlinge.

9. über eine seitens des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Braunschweig an Herzogliches Staatsministerium gerichtete Eingabe, betr. die Anrechnung einer bei einem Streik etwa erzielten Lohnerhöhung auf den Preisanschlag. — Die Eingabe wurde zur Berücksichtigung empfohlen.

10. über ein an den Braunschweigischen Herrn Staatsminister gerichtetes Schreiben des Königl. Preuß. Gesandten am Braunschweigischen Hofe, betr. Vorschriften für die Annahme, Ausbildung und Prüfung von Handwerkslehrlingen, insbesondere Schlosser- und Dreherlehrlingen bei der Königl. Preuß. Eisenbahnverwaltung.

Hierzu bemerke ich, daß die Kammer einen besonderen Antrag für den vorjährigen Handwerks- und Gewerbekammertag zu München eingebracht hatte, der in der Hauptsache darauf abzielte, den Handwerkskammern eine Mitwirkung bei den Gesellen-

prüfungen der Lehrlinge der Eisenbahnwerkstätten zu sichern. Dieser Antrag wurde damals dem Ausschuss des Kammertages zur weiteren Behandlung überwiesen und ist nun vor etwa einer Woche in Berlin durchberaten. Dort hat man sich im allgemeinen für denselben ausgesprochen, indeß ist der Kammer aufgegeben, in Verbindung mit der Handwerkskammer für das Herzogtum Anhalt zu Dessau noch einiges Material zu sammeln, damit er dann an zuständiger Stelle vorgelegt werden kann.

Die Kammer hat sodann eine an den Bundesrat gerichtete Petition des Deutschen Fleischer-Verbandes, betr. Beschäftigung von Arbeitern an Sonntagen und Zu-Ende-Bedienen bei Eintritt der Sonntagsruhe, sowie eine an die Braunschweigische Landesversammlung abgesandte Eingabe der Mühlenbesitzer des Herzogtums wegen Einführung einer Betriebs- oder Umsatzsteuer für Grossmühlen unterstützt, ist auch auf Ersuchen des Zentral-Verbandes Deutscher Bäcker-Innungen „Germania“ bei Herzoglichem Staatsministerium vorstellig geworden, für die Aufhebung oder Milderung der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896, betr. den Maximalarbeitstag, eintreten zu wollen.

Ein Gesuch des Schuhmachers Köhler aus Offleben wegen Gewährung einer Beihilfe zum Besuche der Schuhmacherfachschole zu Siebenlehn in Sachsen wurde unter Berücksichtigung der nicht ungünstigen Vermögensverhältnisse des Vaters des Bittstellers abgelehnt, dagegen dem Tischler Reinecke aus Stadtoldendorf auf ein dahin gehendes Gesuch ein Stipendium von 75 Mark für den ferneren Besuch der Tischlerfachschole zu Detmold bewilligt.

Der Antrag der hiesigen Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung, ihr zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Innungsfachschole eine Unterstützung zu gewähren, wurde bei Herzoglichem Staatsministerium befürwortet, worauf die Innung zu dem gedachten Zwecke eine Beihilfe von 75 Mark aus Staatsmitteln erhalten hat.

Ferner hat die Kammer auf Ersuchen des Vorstandes der hiesigen Schlosser-Innung eine Eingabe an Herzogliche Polizeidirektion hierselbst gerichtet, in der darum gebeten ward, Massnahmen dagegen zu treffen, dass ein derzeit in den Handel gebrachtes, zum Öffnen von Schlössern bestimmtes, Sperrzeug „Famos“ bezeichnetes Werkzeug nicht weitere Verbreitung in Laienkreisen fände. Eine definitive Erledigung dieser Angelegenheit ist allerdings noch nicht erfolgt.

Ein seitens des Vorsitzenden der Deutschen Uhrmacher-Vereinigung zu Leipzig der Kammer zugesandter Fragebogen, betr. das Geschäftsgefahren der Leihhäuser und Pfandleiher, ist nach Anhörung des in hiesiger Stadt angestellten Sachkundigen, vereidigten Taxators für zum Versatz angebotene Uhren und Goldwaren ordnungsmässig beantwortet.

Der Handwerkskammer zu Koblenz ist auf ein Rundschreiben mitgeteilt, dass die diesseitige Kammer mit dem dortigen Vorgehen, an massgebender Stelle für alle Handwerkskammern die Berechtigung zur Abfertigung ihrer Postsachen als „portopflichtige Dienstsache“ zu erwirken, völlig einverstanden sei.

Einer an Königl. Eisenbahndirektion Magdeburg gerichteten Eingabe wegen Einführung von Rückfahrkarten mit 45tägiger Geltungsdauer von Braunschweig nach Hörter, Karlshafen und Münden, zurück von Hameln nach Braunschweig bzw. umgekehrt, auf die dann nach Vorzeigung der Schifffahrtspreis für eine Dampferfahrt auf der Weser um 25% ermässigt werden möchte, ist bereitwilligst stattgegeben.

Die gelegentlich des IV. Braunschweiger Handwerkertages gefasste Resolution, betr. die Veröffentlichung der sog. schwarzen Liste, ist erst vor einigen Tagen seitens des Innungsausschusses zu Braunschweig der Kammer zugestellt und von dieser dem Landgerichtspräsidenten mit entsprechender Begründung vorgelegt.

Abgesehen davon hat sich die Kammer auch sehr viel mit Gesuchen zu beschäftigen gehabt, die auf das Lehrlingswesen, vor allem auf die Einstellung von Lehrlingen über die durch die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens bestimmte Anzahl hinaus und auf die Abkürzung der Lehrzeit Bezug hatten. Wie bisher wurde jedes Gesuch stets der betreffenden Innung zur Begutachtung unterbreitet und dann, je nachdem sich diese dafür oder dagegen aussprach, den Antragstellern entsprechender Bescheid erteilt.

Ausserdem sind seitens der Kammer zahlreiche Anfragen von Innungen und einzelnen Handwerkern teils schriftlich, teils aber auch mündlich erledigt; desgleichen wurden mancherlei Anfragen von in- und ausländischen Behörden beantwortet, die sämtlich vorzutragen indess zu weit führen würde.

Ich will auch nicht unerwähnt lassen, dass Herzogliches Staatsministerium auf Ersuchen der Kammer, die hierzu insbesondere von dem Vorstände der Schuhmacher-Innung Calvörde veranlasst ward, 6 tüchtigen Handwerksmeistern des Landes für den Besuch der im Sommer vorigen Jahres in Hamburg stattgehabten Ausstellung für das gesamte Schuhmachergewerbe ein Reisestipendium von je 50 Mark aus Staatsmitteln bewilligt hat.

Besonders hervorheben möchte ich endlich, dass das im vorigen Jahre von dem Regenten des Herzogtums, Sr. Königl. Hoheit Prinz Albrecht von Preussen, zu höchst dessen Geburtstage neu gestiftete Ehrenzeichen zum Herzoglichen Orden Heinrichs des Löwen auf Vorschlag der Kammer 4 Handwerksgesellen, die bereits vierzig Jahre hindurch und zum Teil darüber hinaus in ein und demselben Handwerksbetriebe tätig gewesen, verliehen wurde, und dass die feierliche Ueberreichung der Auszeichnung an die damit Beliehenen durch Se. Exzellenz, Herrn Wirkl. Geheimen Rat Hartwig hier im Saale des Gildehauses erfolgte. Seitens der Kammer erhielten die Dekorierten künstlerisch ausgefüllte Ehrendiplome. Die gleichen Diplome konnten im Laufe des Berichtsjahres noch 6 weiteren Handwerksgesellen für 25jährige ununterbrochene Tätigkeit in ein und demselben Geschäfte verliehen werden.

Seit der letzten Vollversammlung hat sich die Anzahl der Innungen um 7 vermehrt, so dass zur Zeit 77 Zwangsinnungen und 70 freie Innungen existieren.

Die Buchführungskurse haben ebenfalls einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen. Es wurden hier in Braunschweig 2 für Bäcker- und je einer für Klempner-, Fleischer-, Tapezierer- und Schlossermeister, ebenso noch ein Zuschneidekursus für Schneidergesellen abgehalten. Der Besuch der Kurse war stets ein sehr reger.

Die Anzahl derjenigen Handwerker, die die Meisterprüfung abgelegt, die bis zur letzten Plenarsitzung 69 betrug, ist jetzt auf 127 gestiegen, so dass also auf das Berichtsjahr allein 58 Prüflinge entfallen, und zwar 34 für den Kreis Braunschweig, 7 für den Kreis Wolfenbüttel, 10 für den Kreis Helmstedt, 3 für den Kreis Gandersheim, 3 für den Kreis Holzminden, 1 für den Kreis Blankenburg. Sämtliche zur Prüfung zugelassene Kandidaten haben dieselbe bestanden.

In der Berichtszeit haben folgende Sitzungen stattgefunden: 3 Vorstandssitzungen, 24 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, 3 Sitzungen der durch Beschluss des geschäftsführenden Ausschusses der Kammer erweiterten Kommission zur Regelung des Submissionswesens, je eine Sitzung der Kommission zur Bekämpfung der Konsumvereine bzw. Warenhäuser, eine Sitzung der Kommission zur Regelung des Beauftragtenwesens in Bäckerei- und Konditoreibetrieben, endlich eine Sitzung der Vorsitzenden der Meisterprüfungskommissionen des Herzogtums.

Ausserdem haben in demselben Zeitraume Vertreter der Kammer zu verschiedenen Malen an innerhalb wie ausserhalb der Stadt Braunschweig anberaumten Sitzungen und Versammlungen teilgenommen, nämlich:

Am 3. August an einer allgemeinen Handwerksmeisterversammlung zu Holzminden.

Am 26. und 27. August v. Js. und 2. Februar d. Js. an den in Dessau bzw. Magdeburg stattgehabten Sitzungen der „Vereinigten Handwerkskammern Magdeburg, Halle a. S., Dessau und Braunschweig.“

Am 30. August v. Js. an einer hierselbst abgehaltenen Müller-Versammlung.

Am 10. 11. und 12. September v. Js. an den Verhandlungen des IV. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu München.

Am 25. Oktober v. Js. an dem IV. Braunschweiger Handwerkertage hierselbst.

Am 22. November v. Js. an einer von dem Innungsausschuss zu Helmstedt einberufenen allgemeinen Handwerksmeisterversammlung in Calvörde.

Am 4. Januar d. Js. an einer hierselbst abgehaltenen Sitzung des Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für Thüringen, Sachsen und Braunschweig.

Am 11. März d. Js. an einer Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Berlin.

Ausserdem haben der Vorsitzende und der Sekretär der Kammer, sowie sämtliche Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Meisterprüfungskommissionen des Herzogtums den am 28. November v. Js. im Gebäude Herzoglichen Staatsministeriums statt-

gehabten Beratungen, betr. die mit den Meisterprüfungen seither gemachten Erfahrungen, beigezählt. Das Sitzungsprotokoll ist seinerzeit im „Handwerksbote“ veröffentlicht.

Das Journal weist bei Nichtberücksichtigung der periodischen Druckschriften 2477 Nummern und zwar 1342 Eingänge und 1135 Ausgänge auf; ich bemerke zu dieser Berechnung, dass sämtliche gleichartige Schreiben, insbesondere Rundschreiben, stets mit einer Journalnummer versehen sind.

Sie sehen schon hieraus, meine Herren, dass die Geschäftstätigkeit der Kammer immer grösseren Umfang annimmt, und das Vertrauen der Handwerker zu der Kammer mit jedem Jahre sich mehr festigt. Ich will hoffen und wünschen, dass dieses auch für die Zukunft so bleiben möge.“

Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob irgend einer von den Kammermitgliedern zu dem Geschäftsberichte etwas zu bemerken habe, meldet sich niemand zum Worte.

Der Vorsitzende macht im Anschluss daran noch einige Mitteilungen. Die Stadt Braunschweig habe die Neugestaltung des Fortbildungsschulwesens schon in Angriff genommen; der Hauptgrund, weshalb die Angelegenheit noch nicht weiter vorgeschritten, sei der, dass der Stadtmagistrat sich noch nicht entschliessen könne, die für die Einrichtung von Fachschulen nicht unerheblichen Mittel in den Etat einzustellen, da die Verhandlungen mit dem Herzogl. Staatsministerium wegen Leistung eines Zuschusses seitens des Staates noch nicht zum Abschluss gekommen seien. Mit dem Beauftragtenwesen habe sich der Vorstand deshalb noch nicht eingehend beschäftigt, weil er sich noch nicht darüber im Klaren sei, welcher Weg am zweckmässigsten dafür eingeschlagen werden müsse, zumal andere Handwerkskammern, die der Regelung der Frage schon näher getreten, zum Teil recht böse Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht hätten.

Herr Kettler meint hierzu, dass die Kammer unbedingt Beauftragte ernennen müsse, er habe sich speziell durch persönliche Revisionen einzelner Bäckereibetriebe überzeugt, dass namentlich auf dem Lande grosse Mängel und Missstände herrschten, insbesondere in den Gemeindebäckereien. Ebenso wie bei den Bäckern sei es auch bei den anderen Handwerkern. Ausserdem bringt er zur Sprache, dass die sog. Brotfabrik der Firma Habekost und Hahn hierselbst von Herzogl. Kreisdirektion für einen Fabrikbetrieb erklärt sei, obwohl die in dieser Frage um gutachtliche Äusserung ersuchten Behörden, als Stadtmagistrat, die Gewerbeinspektion und die Handwerkskammer, die gegenteilige Ansicht vertreten hätten, und bedauert, dass die Frage „Fabrik oder Handwerk“ immer noch nicht gesetzlich geregelt sei.

Herr Wilhelm gibt der Versammlung bekannt, dass in Seesen die Innungen Beauftragte bestellt hätten.

Auf eine Anfrage des Herrn Cassel teilt der Vorsitzende mit, dass bei der vor fast 2 Jahren stattgehabten Beratung, betreffend die Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, von einer Seite die Einführung des dogmatischen Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschule verlangt sei. Die Vertreter des Handwerks seien jedoch der Meinung gewesen, dass es genügen würde, wenn in einer besonderen Stunde, die den allgemein bildenden Unterricht zu umfassen habe, sittlich-religiöse Belehrungen in indirekter Form, namentlich durch Vorführung von ausgezeichneten Lebens- und Charakterbildern vorgenommen würden, und dass die Religion als besonderer Unterrichtsgegenstand nicht eingeführt werden dürfe. Auch Se. Exzellenz Herr Wirkl. Geheimer Rat Hartwig habe seinerzeit sich damit einverstanden erklärt, dass in diesem Sinne auf die Befestigung des religiösen Sinnes und auf die Bildung des Charakters der Schüler Bedacht zu nehmen sei.

Herr Hoffmann fragt an, ob bereits ein Plan über die Verteilung der einzelnen Stunden in der demnächst neu zu gestaltenden Fortbildungsschule aufgestellt sei. Der Vorsitzende teilt darauf mit, dass ein solcher für eine Tischlerfachschule bereits vorläge, und gibt das Wichtigste davon bekannt.

Eine weitere Anfrage des Herrn Kiehne, ob die Unterrichtszeit in der Fortbildungsschule den Wünschen der einzelnen Handwerkszweige entsprechend festgelegt werde, wird vom Vorsitzenden bejaht.

Herr Brackebusch beklagt ferner, dass das Submissionswesen bezüglich der Staatsbauten immer noch nicht geregelt sei, wird aber vom Vorsitzenden darauf



aufmerksam gemacht, dass diese Angelegenheit wahrscheinlich bald ihrer Erledigung entgegensähe, nachdem die Stadt Braunschweig, wie vom Sekretär schon ausgeführt, den Anfang damit gemacht habe Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten zu erlassen.

In Anlehnung an den Geschäftsbericht erwähnt der Vorsitzende noch, der Gesellenausschuss habe sich seinerzeit darüber beschwert, dass er zu den Vollversammlungen der Kammer nicht zugezogen werde, und habe bei Herzogl. Staatsministerium beantragt, dass ihm die Teilnahme an sämtlichen Plenar-Sitzungen gestattet werde, und zu Vorstandssitzungen etc. Vertreter eingeladen werden möchten. Der Antrag sei nicht befürwortet, zumal sich herausgestellt habe, dass einige Mitglieder des Gesellenausschusses gar nicht als solche fungieren durften, da sie zum Teil bei Nichttinnungsmitgliedern beschäftigt, zum Teil schon selbständig gewesen wären. Die Folge davon sei, dass augenblicklich gar kein Gesellenausschuss existiere.

## II. Neuwahl der ständigen Ausschüsse.

Der Vorsitzende beantragt namens des Vorstandes der Kammer, die bisherigen Mitglieder der ständigen und der sonstigen Ausschüsse wiederzuwählen und zwar:

in den „Rechnungsausschuss“ die Herren Horney, Vehe und Wolf,  
in den „Ausschuss für das Lehrlingswesen“ die Herren Kettler, Burgdorf und Hahn,

in den „Berufungsausschuss“ die Herren Horney, Berger und Wolf und als deren Ersatzmänner die Herren Kettler, Vehe und Sprötge,

in den „Ausschuss für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen“ die Herren Meyerhoff, Wollenweber, Maring, Kiehne, Kauffmann, Cassel, Neddermeyer, Dressel, Geffers, Bierberg, Krüger, Brackebusch, Pistorius, Ritterbusch, Blume, Kaulitz, Winnig und Ritzau,

in den „Ausschuss zur Förderung des Handwerks“ die Herren Behrens, Göcke, Hahn, Kronemann, Geffers, Bierberg, Ritterbusch und Kaulitz.

Der Antrag wird angenommen.

Sämtliche Herren ausser Herrn Kronemann, der nicht zugegen ist, nehmen die auf sie gefallene Wahl dankend an.

## III. Haushaltsplan pro 1904/05

Der Voranschlag des Haushaltsplanes für 1904/05 weist folgende Hauptpositionen in den Ausgaben auf:

1. Entschädigung für Wahrnehmung der Geschäfte der Kammer:	1800 Mk.
2. Reisekosten und Diäten:	3600 Mk.
3. Gehälter:	6450 Mk.
4. Miete:	1500 Mk.
5. Heizung und Beleuchtung der Bureauräume:	400 Mk.
6. Anschaffungen für das Bureau:	200 Mk.
7. Bureauunkosten:	1700 Mk.
8. Bibliothek:	500 Mk.
9. Abonnements für Fachzeitungen etc. und Beitrag zum Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertage:	120 Mk.
10. Zuschuss zur Herstellung des „Handwerksbote“:	720 Mk.
11. Zur Förderung des Handwerks inkl. des jährlichen Beitrages zum Stipendienfonds:	600 Mk.
12. Ehrungen:	200 Mk.
13. Ausserordentliche Ausgaben und Unvorhergesehenes:	210 Mk.

Da derselbe sämtlichen Kammermitgliedern zusammen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugeschickt war, und Einwendungen gegen denselben nicht erhoben werden, wird er mit 18000 Mk. im Ganzen angenommen.

Auf eine Anfrage des Herrn Freise zur Pos. 8 des Haushaltsplanes, welche Beschlüsse der Vorstand über die in der letzten Plenarsitzung in Aussicht gestellte Anschaffung einer kleinen Handbibliothek für die Kreisstädte des Herzogtums ausser der Stadt Braunschweig gefasst habe, erwidert der Vorsitzende, dass dies insofern überflüssig sei, als den Handwerkern mit einer Sammlung der notwendigsten Gesetzbücher nicht viel gedient wäre. Er halte es für das zweckmässigste, wenn das Verzeichniss der in der Bibliothek befindlichen Bücher vervielfältigt, und sämtlichen Kammermitgliedern ein Exemplar übermittelt werde, damit dieselben im Bedarfsfalle das eine oder andere Buch anfordern können. Die Versammlung ist mit diesem Vorschlage einverstanden und beschliesst demgemäss.

#### **IV. Verwendung von Vermögen aufgelöster Innungen.**

Der Vorsitzende berichtet hierzu etwa folgendermassen: Vor ungefähr Jahresfrist sei die Zwangsinnung für das Buchdruckereigewerbe im Herzogtum Braunschweig aufgelöst, und deren Vermögen im Betrage von 227,90 Mk. der Handwerkskammer mit dem Vorbehalt überwiesen, dass dasselbe, falls bis zum Schlusse des verfloffenen Jahres eine freie Innung für das genannte Gewerbe errichtet werde, dieser verabfolgt werden müsse. Da nun die Gründung einer neuen Innung bis zum gedachten Zeitpunkt nicht zustande gekommen, sondern nur eine freie Vereinigung sich gebildet, so habe Herzogl. Kreisdirektion hierselbst bei der Kammer angefragt, in welcher Weise über die Verwendung des Innungsvermögens abzüglich 2,80 Mk., die von der Kammer für verauslagte Insertionskosten wegen Bekanntgabe der Aufhebung des Innungszwanges aus dem Vermögen noch erstattet werden müssten, verfügt sei. Der Vorstand habe demzufolge beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, einen besonderen Fonds zur Förderung der Innungen zu gründen und als Grundstock desselben das Vermögen der früheren Buchdrucker-Innung anzusehen. Er beantrage, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Herr Hahn ist damit einverstanden, dass die Gelder zur Ansammlung eines besonderen Fonds verwendet werden, gibt aber dem Wunsche Ausdruck, dass dieser Fonds zur Unterstützung alter arbeitsunfähiger Handwerker oder deren Witwen dienen möge, damit diese im Notfalle ein Scherflein daraus erhielten.

Vom Vorsitzenden und auch von einigen anderen Kammermitgliedern wird dieser neue Vorschlag als unmöglich bezeichnet, weil derartige Gelder nicht für private Zwecke gebraucht werden dürften.

Herr Meyerhoff äussert sich dahin, dass seiner Ansicht nach jedes Innungsstatut genaue Bestimmungen über die Verwendung des Innungsvermögens im Fall der Auflösung der Innung enthalte.

Der Vorsitzende verliest daraufhin den betreffenden Paragraphen aus dem Statut der hiesigen Tischlerinnung und empfiehlt den von ihm gestellten Antrag nochmals zur Annahme. Der Antrag wird angenommen.

Im Anschluss daran wird noch von mehreren Seiten auf den Misstand hingewiesen, der sich darin zeige, dass in einigen Städten des Herzogtums die Stadtmagistrate Gelder verwalteten, die das Vermögen früherer und inzwischen aufgelöster Innungen bildeten, deren Mitglieder später zum Teil wieder neue Innungen gegründet hätten, denen es aber nicht möglich gewesen, diese Gelder wiederzubekommen. Herr Horney stellt deshalb folgenden Antrag:

„Die Handwerkskammer wolle beschliessen, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, dass das Vermögen aufgelöster Innungen künftig stets der Handwerkskammer zur weiteren Verwendung überwiesen werde, und dass dasjenige Vermögen früherer Innungen, das bei Auflösung dieser der Aufsichtsbehörde überwiesen ist und von ihr verwaltet wird, den für das betreffende Handwerk neu gegründeten Innungen zurückgegeben werde unter der Bedingung, dass solches nur zu Innungszwecken Verwendung fände.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Freise fragt bei dieser Gelegenheit an, ob die Kammer nicht auf den Stadtmagistrat von Holzminden dahin einwirken könne, dass endlich einmal eine Fort-

bildungsschule daselbst eingerichtet werde. Der schlechte Ausfall der theoretischen Gesellenprüfungen lasse diesen Mangel besonders hervortreten.

Der Vorsitzende erwidert, gelegentlich der in Holzminden stattgehabten Handwerksmeisterversammlung sei der Wunsch ausgesprochen, die Kammer möge vorläufig in dieser Angelegenheit nichts weiter tun; wenn Herr Freise jedoch anderer Ansicht sei, so könne auch jetzt noch eine diesbezügliche Eingabe an den Stadtmagistrat Holzminden gerichtet werden. Herr Freise bittet, der Vorstand möge die nötigen Schritte in der Sache einleiten. Der Vorsitzende sagt ihm solches zu und erklärt auf den diesbezüglichen Wunsch der Herren Krüger und Blume, dass das gleiche Schreiben an den Stadtmagistrat Seesen gerichtet, und der Stadtmagistrat Stadtholtdorf um die Beschleunigung derselben Angelegenheit, betr. die Fortbildungsschule, ersucht werden solle.

Gegen 1 Uhr tritt eine Frühstückspause ein. Um 2 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt.

### **V. Zuschuss für ein zu gründendes Lehrlingsheim.**

Der Vorsitzende teilt hierzu Folgendes mit: Der Vorstand des Evangelischen Vereins im Herzogtum Braunschweig habe sich entschlossen, der Einrichtung eines Lehrlingsheims in der Stadt Braunschweig näher zu treten. Zweck desselben solle sein, solchen jungen Leuten, die von auswärts als Lehrlinge nach hier kämen und weder bei ihrem Lehrherrn noch bei Verwandten wohnen könnten, also hinsichtlich Kost und Logis auf fremde Leute angewiesen seien, durch Gewährung eines freundlichen Logis, guter Kost und liebender Aufsicht das Elternhaus zu ersetzen. Die einmaligen Einrichtungskosten eines für 25 Lehrlinge berechneten Heimes würden sich auf ca. 7000 Mk. belaufen; an laufenden Ausgaben würden jährlich die Miete von etwa 2000 Mk. und das Gehalt für die Hauseltern in Höhe von ungefähr 1200 Mk. aufzubringen sein, so dass einschliesslich der Abnutzung des Inventars, der Versicherungsbeiträge, Steuern und anderen Abgaben im Betrage von ca. 800 Mk. die Gesamteinrichtungskosten im ersten Jahre sich auf 11000 Mk. belaufen würden. Namens des Vorstandes des Evangelischen Vereins habe nun der Vereinshilfsgeistliche an die Kammer das Ersuchen gerichtet, das geplante Unternehmen durch einen einmaligen oder jährlichen Beitrag unterstützen zu wollen. Der Vorstand der Kammer habe demgemäss nach eingehender Beratung beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, dass zu dem genannten Zwecke ein einmaliger Beitrag von 100 Mk. aus dem Kammeretat bewilligt werde, und dass derselbe ausgezahlt werden solle, sobald die Errichtung des Lehrlingsheimes gesichert sei. Er beantrage deshalb, diesem Vorschlag zuzustimmen. Der Antrag wird, nachdem Herr Cassel denselben noch warm befürwortet, einstimmig angenommen.

### **VI. Korbmacher-Stiftung betreffend.**

Der Vorsitzende verliest zunächst ein seitens Herzogl. Staatsministeriums, Abteilung des Innern, an die Kammer gerichtetes Schreiben vom 15. Januar d. Js. Nr. 5776 C, das nachstehenden Wortlaut hat:

„Wie der Handwerkskammer bekannt ist, haben Angehörige des Korbmacherhandwerks die Absicht, eine Korbmacherstiftung ins Leben zu rufen, welche unterstützungsbedürftigen Korbmachermeistern und deren Angehörigen zugute kommen soll. Bisher sind von den Beteiligten in anerkennender Weise 2650 Mk. aufgebracht worden. Wir sind nicht abgeneigt, mit Rücksicht auf die besonders schwierigen Verhältnisse dieses Handwerkszweiges und unter Würdigung der verhältnismässig erheblichen Mittel, welche die Beteiligten aufgebracht haben, wie auch zur Ermunterung für andere günstiger gestellte Handwerkszweige auch unsererseits eine einmalige Beihilfe zu dieser Stiftung zu gewähren, ersuchen aber die Handwerkskammer zunächst um Aeusserung, ob die Gewährung einer solchen Beihilfe empfohlen werden kann, und ob auch dortseitig und eventuell in welcher Höhe die Bewilligung eines einmaligen Zuschusses in Aussicht genommen ist.“

Auf Grund dieses Schreibens, so führt der Vorsitzende weiter aus, habe der Vorstand beschlossen, den Kammermitgliedern zu empfehlen, für die Korbmacher-Stiftung

eine Beihülfe von 150 Mk. zu bewilligen; sein Antrag ginge deshalb dahin, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, dass die gedachte Summe aus der Kasse der Kammer gezahlt werde.

Herr Wolf, der vom Vorsitzenden zur weiteren Begründung das Wort erhält, gibt noch nähere Mitteilungen über die Korbmacher-Stiftung und trägt etwa Folgendes vor: Der Korbmacher-Stiftung läge sehr daran, die Rechte milder Stiftungen zu erhalten; solches würde aber erst dann möglich sein, wenn das Vermögen auf 3000 Mk. angewachsen sei. Da dieses indess zur Zeit schon 2650 Mark betrüge, so wäre der dazu erforderliche Betrag nicht mehr gross; wenn also die Kammer 150 Mk. gäbe, und Herzogl. Staatsministerium die restierenden 200 Mk. als Staatszuschuss leistete, so stände den Wünschen der Stifter nichts mehr entgegen. Er bäte deshalb die Versammlung, den von dem Vorsitzenden gestellten Antrag anzunehmen.

Herr Hoffmann spricht seine Anerkennung darüber aus, dass die Mitglieder der Korbmacher-Innung, wohl der kleinsten im ganzen Herzogtum, eine so erhebliche Summe schon zusammengebracht hätten, und empfiehlt die Annahme des Antrages.

Herr Dressel teilt mit, dass dieser Punkt der Tagesordnung gelegentlich einer vor wenigen Tagen stattgehabten Sitzung des Innungsausschusses in Helmstedt eine lebhafte Debatte verursacht habe, und der grösste Teil der Versammlung anfänglich sich sehr gegen die Bewilligung des vom Vorstande der Kammer vorgeschlagenen Zuschusses ausgesprochen habe. Er persönlich habe allerdings von vornherein einen anderen Standpunkt vertreten.

Herr Geffers berichtet diese Angaben dahin, dass die Stimmung des erwähnten Innungsausschusses in dem Moment umgeschlagen sei, als er erklärt habe, dass der Zuschuss nur ein einmaliger sein solle.

Nach längerer Aussprache, an der sich die Herren Brackebusch, Freise, Neddermeyer, Berger, Hahn, Vehe und Hoffmann beteiligen, die sämtlich den Antrag des Vorsitzenden befürworten, wird derselbe einstimmig angenommen.

## **VII. Bildung von Arbeitgeber-Schutzverbänden.**

Der Vorsitzende referiert über diesen Punkt etwa in nachstehender Weise: Infolge der in den letzten Jahren so häufig vorgekommenen, vielfach direkt vom Zaune gebrochenen Arbeitseinstellungen habe sich bei den Arbeitgebern der Gedanke der Bildung von Schutzverbänden Bahn gebrochen und teilweise schon greifbare Form angenommen. In Deutschland existierten bereits verschiedene derartige Verbände, vor allem für das Baugewerbe, für Bäcker, für Tischler, sowie für Barbieri, Friseure und Perrückenmacher, die ein wirksames Bollwerk gegen die in der Regel von sozialdemokratischer Seite inszenierten Streiks bilden sollten. Die Ansichten darüber, ob die Gründung solcher Schutzverbände für verschiedenartige Handwerkszweige oder für jeden einzelnen Handwerkszweig vorzuziehen sei, gingen sehr auseinander, doch möchte er persönlich letztere Art mehr empfehlen. Wenn auch an und für sich die Erörterung dieser Frage nicht in den Rahmen der der Kammer gesetzlich obliegenden Aufgaben hineingehöre, so habe der Vorstand der Kammer dieselbe doch bei der augenblicklichen Lage der Dinge für höchst wichtig gehalten und deshalb als besonderen Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt und zwar lediglich zu dem Zwecke, um einen allgemeinen Meinungsaustausch darüber herbeizuführen. Erwünscht sei es auch speziell für die Kammer, Material zu erhalten, damit sie den Innungen behülflich sein könne, Schutzverbände zu bilden oder bereits bestehenden sich anzuschliessen. Sehr zweckmässig werde es ausserdem sein, mit dieser Frage gleich die der Bildung einer sog. Mittelstandspartei zu verbinden. Der nächste Braunschweigische Handwerkertag werde sich mit der Regelung der Angelegenheit noch weiter beschäftigen.

Herr Hoffmann hält die Gründung von Arbeitgeber-Schutzverbänden für eine Notwendigkeit, wünscht aber, daß die kleineren Verbände Anschluß an die größeren zu gewinnen suchen, damit man bei Streiks Hilfe von auswärts erhalten könne.

Herr Geffers will zunächst festgestellt wissen, was bereits in dieser Angelegenheit von den verschiedenen Innungen geschehen sei.

Herr Dressel weist auf die Gründung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Baugewerbe in Berlin hin und empfiehlt, daß solchen Verbänden die möglichste Unterstützung zu teil werde, da sie dringend notwendig seien.

Herr Berger befürwortet gleichfalls die Gründung von Arbeiter-Schutzverbänden.

Herr Geffers wünscht, wie ja der Vorsitzende schon bemerkt, daß den heutigen Anregungen auf dem nächsten Handwerkertage Folge gegeben werde.

Herr Horney bittet darum, daß die Statuten der bestehenden Arbeitgeber-Schutzverbände angefordert würden, um Material für den nächsten Handwerkertag zu haben.

Herr Kettler erwähnt hierbei, daß der Centralverband deutscher Bäcker-Innungen „Germania“ zu Berlin einen sog. Streikabwehrfonds gegründet habe, der indeß seitens des Preußischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe nicht genehmigt sei, sodaß die bereits eingezahlten Gelder hätten zurückerstattet werden müssen. Diese Maßregel wäre jedenfalls nicht ergriffen, wenn man einen anderen Namen für die Institution gewählt hätte.

Herr Dressel macht den Vorschlag, dass der Innungsausschuss der Stadt Braunschweig bezw. die gelegentlich des IV. Braunschweiger Handwerkertages gewählte Kommission die Angelegenheit weiter verfolgen müsse.

Nachdem dann noch einige Kammermitglieder zu diesem Punkt der Tagesordnung gesprochen, geht die Ansicht der Versammlung dahin, dass die einzelnen Handwerkszweige für sich Arbeitgeber-Schutzverbände ins Leben rufen sollen, und die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, dass die Innungsausschüsse des Herzogtums, zu Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt, betreffs der näheren Regelung dieser Frage mit den bereits bestehenden Arbeitgeber-Schutzverbänden Fühlung nehmen und gleichzeitig bezüglich der Bildung einer Mittelstandspartei die erforderlichen Schritte tun, damit beide Angelegenheiten in Helmstedt weiter behandelt werden können.

### VIII. Ehrenmeisterbriefe betreffend.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass im Laufe der nächsten Jahre für verschiedene Handwerksmeister der Zeitpunkt herangerückt sei, an dem dieselben bereits 25 Jahre hindurch ununterbrochen das Amt eines Obermeisters bekleideten. Der Vorstand der Kammer sei aus diesem Grunde der Frage näher getreten, ob es nicht angebracht erscheine, den betreffenden Herren an diesem Tage eine besondere Ehrung zu erweisen und habe daraufhin nach reiflicher Ueberlegung den Beschluss gefasst, der heutigen Versammlung zu empfehlen, dass für 25jährige ununterbrochene Tätigkeit als Innungsobermeister auf Antrag der betreffenden Innung Ehrenmeisterbriefe seitens der Handwerkskammer verliehen werden. Namens des Vorstandes beantrage er deshalb, diesem Vorschlage zuzustimmen.

Herr Horney fragt an, ob es nicht ratsam sein werde, dass eine solche Ehrenbezeugung nicht nur denen, die in ihrem Handwerk noch tätig seien, sondern auch denjenigen, die sich in besonderer Weise um ihr Handwerk verdient gemacht, aber nicht mehr praktisch tätig seien, zu teil werde.

Der Vorsitzende und Herr Kiehne halten dieses für zu weitgehend, und bitten davon abzusehen.

Herr Göcke beantragt, die Versammlung möge beschliessen, dass die Ehrung, soweit Handwerksmeister des Herzogtums schon ihr 25jähriges Jubiläum als Innungsobermeister gefeiert hätten, noch nachträglich vorgenommen werde.

Herr Horney wünscht, dass Handwerker, die sich um ihre Innung sehr verdient gemacht haben, von dieser als Ehrenmitglieder ernannt werden könnten.

Herr Neddermeyer bittet, auch zu berücksichtigen, dass schon viele Handwerksmeister über 50 Jahre Innungsmitglieder seien.

Nach weiterer Diskussion wird dann beschlossen, dass auf Antrag der betreffenden Innung bei einem 25jährigen Obermeister- oder 50jährigem Innungsmeisterjubiläum seitens der Kammer Ehrenmeisterbriefe ausgestellt, und diese Ehrungen nachträglich auch auf diejenigen Handwerksmeister ausgedehnt werden sollen, die die bezeichneten Jubiläen schon im Laufe der letzten Jahre gefeiert haben.

## IX. Handwerksausstellung zu Magdeburg.

Der Vorsitzende gibt hierzu ungefähr Folgendes bekannt: Vom 11. August bis 18. September d. Js. werde von der Handwerkskammer Magdeburg eine allgemeine Handwerks-Ausstellung veranstaltet; dieselbe habe den Zweck, die Leistungsfähigkeit des Handwerks in seiner Gesamtheit sowohl den Behörden als auch dem Publikum vor Augen zu führen und zu zeigen, daß das Handwerk noch nicht untergegangen, sondern noch lebensfähig und wert sei, unterstützt zu werden. Sie werde folgende Gruppen umfassen: Nahrungsmittel, Bekleidung, Baufach, Eisen und Metalle, Feingewerbe, Holzgewerbe, Textilgewerbe, Buchdrucker, Buchbinder, Photographen, die historische Gruppe und Kraftmaschinen. Es würden daselbst die Rohprodukte und Halbfabrikate, sowie die Werkzeuge der verschiedenen Handwerkszweige und alle Arten von Handwerksmaschinen und Werkstätten im Betriebe vorgeführt werden. Die Ausstellung solle den Handwerkern auch direkten Nutzen schaffen, indem sie denselben Gelegenheit böte, einerseits mit ihrem Können an die Öffentlichkeit zu treten und sich dadurch neue Abnehmer zu verschaffen, andererseits sich selbst neue Kenntnisse über billigere Bezugsquellen, über die Anwendung der Hilfsmaschinen in der Werkstatt und über neue Arbeitsmethoden anzueignen und dadurch ihre Leistungsfähigkeit bedeutend zu steigern. Die Ausstellung werde für jeden einzelnen Handwerkszweig ein anschauliches Bild des ganzen Produktionsprocesses — vom Rohprodukt bis zum fertigen Gebrauchsgegenstande — darbieten. Damit die Handwerker sowohl wie Laien auch die Kunstfertigkeit und Leistungsfähigkeit früherer Geschlechter bewundern könnten, sei auch beabsichtigt, durch Ausstellung alter Innungsgeräte, Fahnen, Laden und Schriften etc. die Erinnerung an die ruhmvolle Vergangenheit des deutschen Handwerkes wieder wachzurufen. Allem Anschein nach versprache also die Ausstellung, sehr lehrreich zu werden, und er hoffe, daß auch einige Handwerker des Kammerbezirks dieselbe beschicken würden. Für heute wünsche er nur festgestellt zu wissen, ob die Versammlung ebenfalls große Vorteile in einer solchen Ausstellung erblicke; bejahendenfalls würden seitens der Kammer die nötigen Schritte getan werden, um den Besuch der Ausstellung nach jeder Richtung hin zu erleichtern. Eventuell könne auch eine gemeinschaftliche Fahrt, — wie derzeit nach Paris — nach Magdeburg veranstaltet, und zugleich eine Fahrpreisvergünstigung erwirkt werden. Vielleicht werde auch Herzogl. Staatsministerium weniger bemittelten Handwerkern wieder ein Stipendium gewähren.

Herr Brackebusch meint, ob es nicht angebracht sei, den Handwerkertag in Helmstedt so zu legen, dass die Teilnehmer desselben auch die Ausstellung in Magdeburg besuchen könnten. Jedenfalls könne und wolle er den Besuch dringend empfehlen.

Herr Geffers und Herr Horney halten eine solche Verbindung nicht für zweckmässig, ebenso warnt der Vorsitzende vor einer solchen; denn es dürfe doch, so führt er aus, nicht verkannt werden, dass nach einer anstrengenden Sitzung in Helmstedt, wie es stets bei derartigen Sitzungen der Fall, eine gewisse Erschlaffung eintrete, deren Folgen sich sicherlich auch noch am nächsten Tage bemerkbar machen würden. Wollte man dann gleich am folgenden Tage die Besichtigung der Ausstellung in Magdeburg daran schliessen — und das wäre doch unbedingt erforderlich — so würde dieselbe sicherlich nicht so lohnend sein, als wenn man mit frischen Kräften dieselbe vornähme.

Herr Kiehne empfiehlt ebenfalls den Besuch der Ausstellung und macht den Vorschlag, man möge ein Komitee bilden, dessen Mitglieder auf die sechs Kreise des Herzogtums zu verteilen seien, bei denen sich dann diejenigen Handwerker, die die Ausstellung besuchen wollten, anzumelden hätten.

Der Vorsitzende ist mit diesem Vorschlage einverstanden und beantragt, als Mitglieder des Komitees zu wählen die Herren Kauffmann und Kiehne für den Kreis Wolfenbüttel, Geffers und Teute für den Kreis Helmstedt, Brackebusch und Krüger für den Kreis Gandersheim, Freise und Pistorius für den Kreis Holzminden, Kaulitz und Ritzau für den Kreis Blankenburg, sowie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der Kammer für den Kreis Braunschweig, und eine darauf bezügliche Bekanntmachung sobald als möglich im „Handwerksbote“ zu veröffentlichen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ferner wird auf Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen, dass die Kammer sämtliche Innungen des Herzogtums durch ein an dieselben zu richtendes Rundschreiben für die Handwerksausstellung in Magdeburg interessieren und die erforderlichen Massregeln treffen soll, um den Handwerkern den Besuch derselben möglichst zu erleichtern.

### X. Verschiedenes.

Der Vorsitzende erteilt zunächst Herrn Freise das Wort zur Begründung seiner kürzlich der Kammer unterbreiteten Anträge, die Einführung von Buchführungs- und Wechselkundekursen für die Handwerker des Kreises Holzminden, sowie die Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben betreffend.

Herr Freise führt darauf etwa Folgendes aus: Was den ersten Antrag beträfe, so habe sich im Kreise Holzminden seit den letzten Jahren immer mehr das Bedürfnis nach solchen Kursen herausgestellt. Denn allmählich hätte doch ein grosser Teil der Handwerker die Überzeugung gewonnen, dass sie nicht nur Handwerker, sondern in gewisser Beziehung auch Kaufleute sein müssten, und ohne eine geordnete Buchführung nicht weiter kommen könnten. Auch der Wechsel spiele im Handwerkerleben eine grosse Rolle, daher sei es nötig, dass die Handwerker auch über die Bedeutung desselben soweit wie möglich aufgeklärt würden. Besser sei es ja, man befasse sich überhaupt nicht mit Wechseln, aber bei den heutigen Verhältnissen liesse sich solches häufig gar nicht vermeiden.

Der Vorsitzende entgegnet, dass derartige Kurse in Braunschweig schon eingerichtet seien; es hätten, wie ja im Geschäftsbericht bereits ausgeführt sei, sieben Buchführungskurse für verschiedene Handwerkszweige stattgefunden, und in den letzten Stunden derselben habe der betr. Lehrer auch stets das Wichtigste aus der Wechselkunde mitgeteilt. Da es bis jetzt an genügender Beteiligung gemangelt habe, so sei es der Kammer noch nicht möglich gewesen, in den einzelnen Kreisen des Herzogtums derartige Kurse abhalten zu lassen. Bei genügender Teilnehmeranzahl, die 25–30 Personen umfassen müsse, würden die erwähnten Kurse seitens der Kammer veranstaltet werden. Eine Unannehmlichkeit, die sich allerdings nicht beseitigen lasse, bestände darin, dass diese Kurse gemeinsam für mehrere Handwerkszweige eingerichtet werden müssten, da in diesen Städten nicht genügend Handwerker wären, um Spezialkurse für jedes Handwerk zu veranstalten.

Herr Freise stellt den Antrag, dass die Handwerker seitens der Kammer durch besondere Bekanntmachungen in sämtlichen Kreisblättern zur Teilnahme an Buchführungskursen aufgefordert werden möchten.

Herr Staats bittet darum, dass auch in Wolfenbüttel sog. gemischte Buchführungskurse abgehalten werden.

Herr Cassel giebt bekannt, dass letzhin in Schöppenstedt auf Veranlassung des dortigen Bürgervereins Herr Stadtrat Doettinchem den Handwerkern Unterricht in Buchführung einschliesslich Wechselrecht erteilt habe, was diese sehr dankbar anerkannt hätten.

Der Vorsitzende meint, es würden schwerlich in allen Kreisstädten sich geeignete Persönlichkeiten finden, die die geplanten Kurse übernehmen. Seines Erachtens sei es das Richtige, wenn der Unterricht von demselben Herrn wie hier in Braunschweig erteilt werde. Dadurch würden natürlich, wenn dies auch auf die einzelnen Teilnehmer keinen Einfluss habe, die Kosten des Kursus im ganzen teurer werden.

Herr Ritzau teilt die Bedenken des Vorsitzenden nicht und glaubt bestimmt, dass in jeder Kreisstadt eine geeignete Kraft existiere, die imstande sei, in Buchführung und Wechselkunde zu unterrichten.

Der Vorsitzende ersucht dann die Versammlung, den von Herrn Freise gestellten Antrag anzunehmen. Die Versammlung beschliesst in diesem Sinne.

Herr Freise kommt hiernach auf seinen zweiten Antrag zu sprechen, den er ohne nähere Begründung folgendermassen formuliert: Die Kammer möge bei den zuständigen Behörden vorstellig werden, dass § 129 Abs. 1 der R. G. O. dahin abgeändert werde, dass die Befugnis zum Halten und Anleiten von Handwerkslehrlingen nur solchen Personen zusteht, die die Meisterprüfung in dem betreffenden Handwerk bestanden haben.



Der Sekretär bemerkt, dass der Antrag gar nichts Neues bezwecke. Die Abänderung des genannten Paragraphen werde schon seit dem Bestehen der Handwerkskammern allgemein angestrebt; keine Verbandsversammlung u. dgl. hätte stattgefunden, in der nicht diese Frage auf der Tagesordnung gestanden, auch seitens des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, speziell im vorvorigen Jahre zu Leipzig, sei dies Thema ausführlich behandelt, und ein diesbezüglicher Beschluss gefasst, so dass die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches sich mit dieser Frage schon länger beschäftigten. Er hoffe demnach auch bestimmt, dass in nicht allzuferner Zeit die in dieser Beziehung durchaus gerechtfertigten Wünsche der Handwerker erfüllt würden.

Herr R o s e meint, man müsse jede Gelegenheit dazu benutzen, um an massgebender Stelle die Wünsche des Handwerks bezüglich des Meistertitels vorzutragen, damit die Frage nicht in Vergessenheit gerate. Gleichwohl wird seitens der Versammlung kein Beschluss gefasst.

Nachdem der Sekretär dann über verschiedene an ihn gerichtete Fragen, betr. die Berechtigung zur Führung des Meistertitels, sowie die sog. Aufnahmeprüfung bei den freien Innungen ausführlich Aufschluss gegeben, macht der Vorsitzende noch die Mitteilung, dass anlässlich eines konkreten Falles die Handwerkskammer sich an sämtliche Kreisdirektionen mit dem Ersuchen gewandt habe, die Standesbeamten anzuweisen, dass nur solche Handwerker als Meister aufgeboden würden, die den entsprechenden schriftlichen Nachweis erbringen könnten.

Herr K i e h n e bedauert, dass die Aufsichtsbehörden der Innungen den Innungsobermeistern nicht die Namen derjenigen Handwerker, die sich im Laufe eines Jahres selbständig gemacht hätten, bekannt zu geben brauchten und bittet den Vorstand, die nötigen Schritte zu tun, um dies zu erreichen.

Der Vorsitzende erwidert, dass seitens der Kammer schon im vorigen Jahre eine diesbezügliche Eingabe an Herzogliches Staatsministerium gerichtet sei, der aber wegen der für die betreffenden Behörden damit verbundenen Schwierigkeiten nicht habe stattgegeben werden können.

Im Anschluss daran erwähnt der Vorsitzende noch, dass am Sonntag den 20. d. Mts. eine Delegiertenversammlung der deutschen Kunstgewerbevereine hier in der Stadt getagt habe, in der von den beiden Referenten, den Herren Professor Seeliger-Leipzig und von Berlepsch-München ausgeführt sei, dass die Kunstgewerbeschulen seit den letzten Jahren ihre Aufgaben nicht erfüllt hätten, ja für Kunst und Handwerk geradezu schädlich gewesen wären; dieser Ansicht habe auch niemand widersprochen. Weiter wäre hierbei betont, dass viel zu viel Zeichenbrettkunst getrieben würde, es wäre vielmehr erforderlich, dass auch praktische fachliche Arbeiten gelehrt würden. Man könne also, so führt der Vorsitzende weiter aus, daraus sehen, dass die Handwerker mit ihrer Forderung, die Fortbildungs- und Gewerbeschule mehr und mehr mit fachlichen und praktischen Unterricht auszustatten, mehr Anhänger hätten, als sie glaubten. Er hoffe darum auch, dass die massgebenden Behörden sich recht bald entschliessen würden, derartige Handwerkerschulen einzurichten, zum Nutzen und zur Förderung, ja zur Erhaltung des gesamten Handwerks.

Ausserdem ersucht der Vorsitzende die Versammlung, insbesondere die Innungsobermeister, mit dem Hinweis darauf, dass die Kammer schon mehrfach bei gerichtlichen Streitigkeiten über die Entschädigung für angefertigte Zeichnungen und Kostenanschläge zur gutachtlichen Äusserung aufgefordert sei, soweit irgend möglich, Material zu sammeln, damit bestimmte diesbezügliche Normen aufgestellt werden könnten, die dann bei späteren Streitigkeiten massgebend sein sollten.

Nachdem Herr Berger dann noch darum gebeten, für die Krankenkasse — a. G. — der selbständigen Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig, die jetzt 385 Mitglieder zähle, weiter eifrig tätig zu sein und ihr namentlich neue Mitglieder zuzuführen, bringen die Herren Horney und Märten s noch mehrere Fälle von Unterbietungen bei der Bewerbung um Arbeiten bzw. Lieferungen zur Sprache.

Da weitere Anträge nicht gestellt werden, schliesst der Vorsitzende unter Dankesworten an die Versammlung, gegen 5 Uhr nachmittags die Sitzung.

**Der Vorsitzende:**

C. Osterloh.

**Der Sekretär:**

R. Baumgarten.